



Der von der SPÖ geschaffene Versorgungsposten für Ex-Klubchef Josef Cap regt die Tiroler SPÖ-Mitglieder auf. Foto: APA/Hochmuth

Genossen rebellieren gegen Cap

Tirols SP-Chef Gerhard Reheis fordert, die Zusatzgage für Ex-Klubchef Cap zu überdenken. Protest-E-Mails überschwemmen die Partei.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Wogen unter den 3700 Mitgliedern der Tiroler SPÖ gehen hoch. Der gut dotierte Versorgungsposten für den ehemaligen Klubchef Josef Cap regt die Genossen am Inn maßlos auf. Damit Cap keine Gehaltseinbußen zu spüren bekommt, wird die Differenz seines jetzigen Abgeordnetengehalts von 8100 Euro auf seine bisherige Gage als Klubchef von 14.000 Euro durch einen bezahlten Job beim Renner-Institut ausgeglichen. Cap wird geschäftsführender Präsident dieser politischen Akademie der SPÖ. Als Präsident fungiert der ehemalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer.

„Das ist ein furchtbares Signal der SPÖ an ihre Mitglieder und die Bevölkerung.“

Thomas Pupp
(stellvertretender Klubchef)

Dass Cap auf Rosen gebettet wird, fällt in der SPÖ auf dornigen Boden. Vor allem in einer Zeit, in der wieder die Mitgliedsbeiträge gezahlt werden – 15 Euro im Quartal. Der Unmut der Parteimitglieder ist dutzendfach zu lesen.

In der Parteizentrale der Tiroler SPÖ gingen zuletzt die Protest-E-Mails ein. Das bestätigt auch SPÖ-Vorsitzender Gerhard Reheis. „Viele Mitglieder haben kein Ver-

„Die Partei sollte die Entscheidung über Caps Job beim Renner-Institut überdenken.“

Gerhard Reheis
(Tiroler SPÖ-Chef)

ständnis dafür, dass sie mit ihrem Einkommen auskommen müssen, aber für Cap ein zusätzliches geschaffen wird.“ Er selbst sei auch nicht besonders glücklich darüber.

Der stellvertretende Klubchef LA Thomas Pupp spricht von einem verheerenden Signal der SPÖ. „Das geht so einfach nicht.“ Reheis will deshalb in der Präsidiums-sitzung am 27. November die Stimmung unter den Tiroler Genossen präsentieren und klare Worte zu Cap finden. „Das will ich jedoch intern sagen und Josef Cap nicht medial ausrichten.“ Unabhängig davon steht für den Tiroler SPÖ-Chef und Klubobmann jedoch eines fest: Dass „die Partei die Vorgangsweise beim Renner-Institut überdenken sollte“.

In St. Martin traumatisiert, im Leben danach ausgegrenzt

Erschütternder Expertenbericht zum Landeserziehungsheim in Schwaz wurde präsentiert. Mädchen erlebten die Heimarbeit als Zwang.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Für Sozial-Landesrätin Christine Baur (Grüne) ist der gestern auf der Baustelle in St. Martin/Schwaz präsentierte Kurzbericht zu den Vorgängen im Landeserziehungsheim ein Akt des Hinschauens. „Es geht um die Frage, welche Verantwortung das Land übernehmen kann und muss.“ Tausende Mädchen verbrachten bis 1990 ein bis drei Jahre in dem Erziehungsheim, das heute ein Sozialpädagogisches Zentrum ist. Der Bericht, der sich vor allem mit den Lebensumständen, der Arbeit im Heim und mit den damaligen Erziehungsmethoden beschäftigt, stützt sich auf 89 Berichte von Betroffenen.

Zucht und Disziplin prägten den Erziehungsalltag, Arbeit wurde als wichtiger Teil der Therapie und als Vorbereitung für die spätere Eingliederung in die Arbeitswelt gesehen. „Das damalige Verständnis von Erziehung, der rechtlichen und moralischen Ansätze für die Betreuung der Mädchen entspricht sicher nicht dem heutigen“, erklärte der stellvertretende Landesamtsdirektor Dietmar Schennach, der die Arbeitsgruppe geleitet hat.

Der Bericht ist ein kleiner Beitrag zur Aufarbeitung, im Frühjahr soll eine wissenschaftliche Studie dazu erfolgen. Die Schilderungen der heute oft schwer traumatisierten ehemaligen Zöglinge sind erschütternd. Während damals Arbeit als Erziehungsmittel angewendet wurde,

um einer Verwahrlosung entgegenzuwirken, empfanden die Mädchen dies als Zwang. Man bestrafte sie auch, sperrte Mädchen bei Vergehen in den berüchtigten Karzer und demütigte sie öffentlich. Die Jugendlichen wurden gering entlohnt (1,10 Euro im Tag), ein Teil davon verbuchte man auf das Zöglingkonto.

Nach ihrer Entlassung erhielten die Mädchen Sparguthaben. Aber nur ein Drittel

der 89 Frauen, die sich beim Land gemeldet haben, gaben an, dass sie das Geld erhielten. „Der Rest der befragten Frauen gab an, kein Geld erhalten zu haben bzw. sich nicht daran erinnern zu können“, heißt es in dem Bericht. Eine Aufklärung ist für Schennach sehr schwierig, weil es kaum noch Akten gebe. „Diese Widersprüche können nicht ausgeräumt werden.“

Vorwiegend arbeiteten die

Mädchen, die alle über 14 Jahre alt waren, in der Lohnwäscherei oder in der Näherei. Sie erfüllten dabei auch Aufträge für das Land Tirol, das Bundesheer. Ein Teil wurde weiters an Unternehmen im Gastgewerbe verliehen, verrichteten Tätigkeiten als Erntehelferinnen oder für Betriebe wie EGLO-Leuchten, Darbo oder Swarovski.

Das Leben nach St. Martin war für die Mädchen meist trist, die Jahre im Erziehungsheim hatten sie stigmatisiert. „Viele Frauen erzählen, dass die nachfolgenden Jahre nach ihrer Entlassung von Prostitution, Armut, Arbeitslosigkeit, Drogenmissbrauch etc. geprägt gewesen seien“, fasst die Expertengruppe zusammen. Auf politischer Ebene versucht LR Christine Baur deshalb beim Sozialministerium eine nachträgliche Anrechnung von beitragsfreien Pensionszeiten zu erreichen.

Für Baur ist die Aufarbeitung letztlich aus mehreren Gründen wichtig, weshalb das Land drei Jahre nach Bekanntwerden der Missbrauchsfälle in staatlichen und kirchlichen Institutionen an der Opferschutzstelle festhält: Die Frauen könnten das an ihnen verübte Unrecht öffentlich anprangern und damit auch einen Schritt hin zur persönlichen Verarbeitung machen. „Andererseits muss die Gesellschaft die Verantwortung für erlittenes Leid mitübernehmen. Und drittens dürfen die Themen des Opferschutzes nicht in Vergessenheit geraten“, sagt Baur abschließend.



Tausende Mädchen wurden in St. Martin „erzogen“. Foto: Zoom-Tirol

Auch Unterperfuss siegt vor Höchstgericht

Innsbruck – Während der Verfassungsgerichtshof auch in einer zweiten Entscheidung die über den Haus- und Gutsbedarf hinausgehenden Einnahmen der Gemeindegutsagrargemeinschaften aus Holzrößen (Überling) der Gemeinde zuspricht – betroffen ist Unterperfuss –, wird die Kritik im VP-Bauernbund lauter. Trotz der seit 1982 konsequenten Rechtssprechung des Höchstgerichts zu den 250 aus Gemeindegut entstandenen Agrargemeinschaften spricht die Bauernbundführung von einer Entscheidung

im stillen Kämmerlein.

Bauernbunddirektor Peter Raggl betont, dass die „Entscheidung auch von uns zu akzeptieren ist, obwohl sie hart ist“. Fakt bleibt aus der Sicht Raggl aber: „Was von einigen Richtern im stillen Kämmerlein entschieden wurde, hat direkte Auswirkungen auf uns Tirolerinnen und Tiroler.“ Die Landwirtschaftskammer befasste sich am Donnerstag und Freitag ihrerseits mit dem Erkenntnis zum Überling.

In der Regierung hingegen ist man froh über die Klarstellung des Höchstgerichts. „Es

war gut, dass wir mit der Novelle des Flurverfassungsgesetzes bis zur Überling-Entscheidung gewartet haben, jetzt wird alles rasch umgesetzt“, sagt LH Platter (VP).

Im Erkenntnis zu Unterperfuss (2. Oktober) verweist der



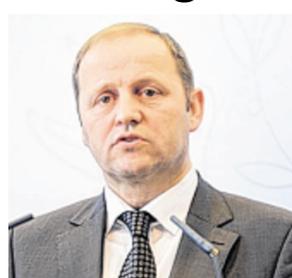
Der Holzüberling steht den Gemeinden zu. Foto: Böhm

Verfassungsgerichtshof klar auf seine Entscheidungen vor fünf bzw. 31 Jahren. Die Nutzungsrechte für die Agrarmitglieder würden ausschließlich im Bezug von Naturalleistungen bestehen wie Weide, dem Bezug von Nutzholz zur Erhaltung des Wohnhauses und dem ortsüblichen Bedarf an Brennholz für den Haushalt einer Familie. „Von diesem – auf den konkreten Haus- und Gutsbedarf beschränkten – Inhalt des Nutzungsrechtes ging der Verfassungsgerichtshof bereits in seinem Erkenntnis 1982 aus.“ (pn)

Kurzmeldungen

SP ortet Transparenzvergehen

Innsbruck – Beim LHStv. Josef Geisler (VP) ortet die SPÖ ein Transparenzvergehen. Schon im Oktober 2013 und aktuell im November 2013 seien Beilagen der Agrarmarketing Tirol mit dem Konterfei des Bauernbundobmannes veröffentlicht worden, kritisiert LA Georg Dornauer. Geisler habe die Agrarmarketing offenbar als persönliche Werbepattform entdeckt. (TT)



Die SPÖ übt scharfe Kritik an LHStv. Josef Geisler (VP). Foto: Böhm

FP-Schützenhilfe für Burschenschafter

Innsbruck – Schützenhilfe erhält die „Deutsche Burschenschaft“, die am 29. und 30. November ihren Verbandstag in Innsbruck abhalten möchte, von Tirols FP-Chef Markus Abwerzger. Die politische Jagd gegen Burschenschafter sei undemokratisch und widerspreche der österreichischen Verfassung. (TT)

Arbeiter stürzte auf Baucontainer

Inzing – Schwer verletzt musste am Freitagvormittag ein Tiroler Hausbesitzer in die Klinik geflogen werden. Der 48-Jährige wollte in Inzing die Markise seines Wohnhauses abmontieren. Er verlor auf der Leiter das Gleichgewicht und stürzte aus 4,5 Metern auf die Seitenwand eines offenen Baucontainers. (TT)

Raser im Visier der Polizei

Innsbruck – Beim landesweiten Planquadrat „Geschwindigkeit“ am Donnerstag wurden 1522 Delikte geahndet. 724 Autofahrer bekamen eine Anzeige wegen Geschwindigkeitsübertretung. 798 Organmandate wurden an Ort und Stelle vergeben. Der Anhalteweg werde vielfach unterschätzt. (TT)

Fußgängerinnen von Pkw erfasst

Telfs – Zwei Fußgängerinnen wurden am Donnerstag in Telfs von einem Pkw erfasst und dabei verletzt. Die Frauen im Alter von 33 und 20 Jahren wollten einen gekennzeichneten Schutzweg überqueren, als sie vom Auto eines 80-Jährigen angefahren und zu Boden geschleudert wurden. (TT)